

Zum 30. Januar 1933

Hitler hat die Macht nie ergriffen

oder: Die Flucht in den Führerstaat

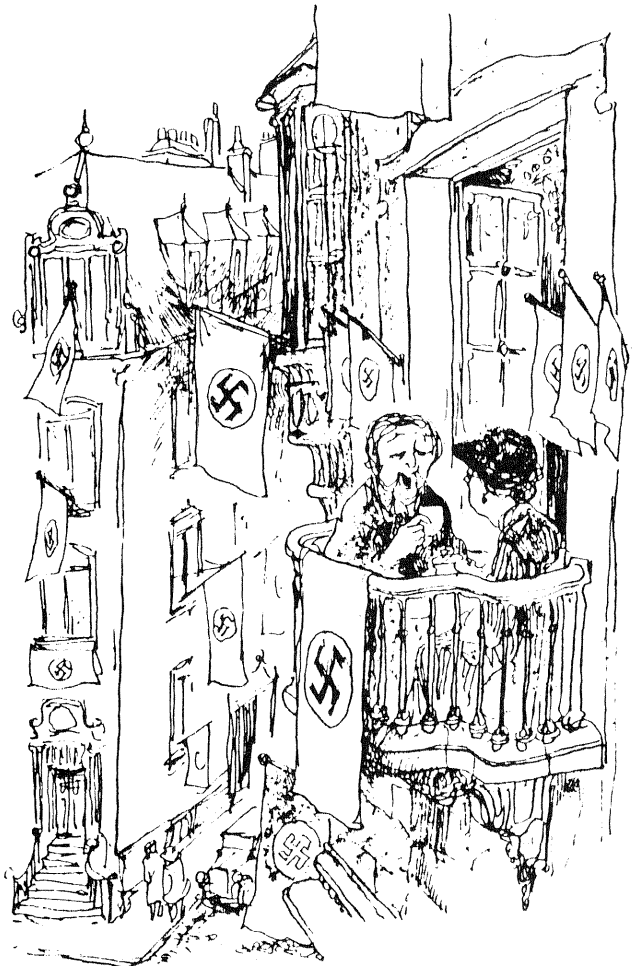
Wenn diese "forum"-Nummer erscheint, werden wahrscheinlich in allen Zeitungen und Zeitschriften Beiträge zu lesen sein zum 30. Januar vor 50 Jahren: den Lesern wird mit vielen Einzelheiten der "Tag der Machtergreifung" der Nazis erzählt, Hitler, der Bösewicht, wird im Vordergrund stehen, von Papen, der Vizekanzler, wird zitiert, von Hindenburg, der greise Reichspräsident, wird bedauert. Wenn es hochkommt, wird eine Erklärung gesucht in der leichten Beeinflussbarkeit des senilen Generalfeldmarschalls oder in der absolut katastrophalen Lage Deutschlands durch die Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 in New York ausbrach und in Deutschland 1932 über 6 Millionen Arbeitslose hervorbrachte. Und der Zeitungsleser wird eine Schlussfolgerung ziehen wie Rudolf: "Hitler war ein Mann, der nach der Wirtschaftskrise vielen Leuten Arbeit verschaffte und dadurch beim Volk ein angesehener Mann wurde. Dadurch hatte er es leicht, sich an die Macht zu bringen, um sie nach und nach zu einer tyrannistischen Monopolherrschaft umzufunktionieren." (Berufsschüler Rudolf, 20 J. in: "Was ich über Adolf Hitler gehört habe." Auszüge aus Schüler-Aufsätzen von heute, Fischer TB 1935, Frankfurt 1977, S.98.) Dann wird höchstens der Leser sich noch darüber aufregen, dass Hitlers Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Vorbereitung eines Weltkrieges bestand. Warum aber Hitler an die Macht kam, hat Rudolf nicht verstanden. Alle Erklärungen blieben auf eine Person und deren diabolisches Machtstreben reduziert. Warum z.B. die Weltwirtschaftskrise nur in Deutschland, nicht aber in den Vereinigten Staaten (1932: 13,2 Millionen Arbeitslose = 32%) in Grossbritannien (1932: 2,8 Mio Arbeitslose: 22%) oder in Frankreich zur Nationalsozialistischen Diktatur führte, wird nicht untersucht. Und wie man die Nazistische Gefahr für die Zukunft ausschalten könnte, kann Rudolf nicht sagen, höchstens durch die Elimination bestimmter Personen. Ist der Nationalsozialismus mit Hitler, Himmler, Göring, Goebbels gestorben?

Weil uns gerade diese letzte Frage aber - vor allem in Zeiten einer neuerlichen Weltwirtschaftskrise - ungemein wichtig scheint und der Historiker einer "Geschichte für morgen" (so der Titel des Schulbuches im postprimären Geschichtsunterricht) verpflichtet sein muss, wollen wir in "forum" einen breiteren historischen Ansatz wählen, um zu verstehen, wie die nationalsozialistische Herrschaft möglich wurde.

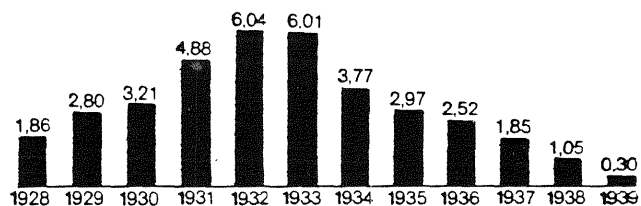
Ohne Zweifel spielte dabei die Weltwirtschaftskrise, die im Deutschen Reich ganz besonders starke Ausmasse annahm wegen der hohen Auslandsverschuldung, eine wesentliche Rolle. Abb. 1 zeigt die Arbeitslosenzahlen: nimmt man die Kurzarbeiter hinzu, so waren 1931 nur noch 45,6% der aktiven Bevölkerung vollbeschäftigt, 1932 nur noch 33% (nach R. Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Pahl-Rugenstein, Köln 1975, Nr.12, S.30). Wurden die Arbeiter arbeitslos, so wurde der Mittelstand ruiniert und proletarisiert: Abb.2 zeigt die Zahl der Konkurse. Das Gegenstück dieser Abwärtsbewegung war die Konzentration des Kapitals in immer weniger aber umso grösseren Händen und dadurch die Möglichkeit um so leichter den

Staat unter Druck zu setzen, und dies gerade in einer Zeit, wo der Staat wegen sinkender Steuereinnahmen und steigender Sozialausgaben in höchster Finanznot war (vgl. Abb.5).

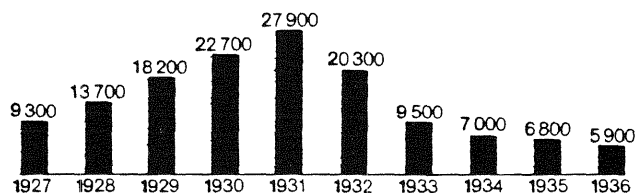
Bei den Wahlen von 1930, die nötig wurden, weil die Grosse Koalition SPD, Zentrum, DDP, DVP wegen der geplanten Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung (von 3,5 auf 4%) unversöhnlich zerbrach, zeigten sich die Folgen in Form politischer Radikalisierung: Die extremistischen Parteien auf beiden Flügeln, KPD bzw. NSDAP und DNVP errangen einen Zuwachs, der ihnen zusammen fast 40% der Wählerstimmen einbrachte (vgl. Abb.3) Diese Polarisierung macht aber deutlich, dass die Wirtschaftskrise allein nicht als Erklärung ausreicht. Die Radikalisierung selbst, die sich nicht nur im Wahlergebnis ausdrückte, sondern auch im politischen Alltag zu heftigen Strassenschlachten zwischen SA und "Rotem Frontkämpferbund" führte, steigerte die politische Unordnung und liess Koalitionsverhandlung für eine mehrheitsfähige Regierung aller anderen Parteien mehrmals scheitern. Die gemässigten Parteien der Linken



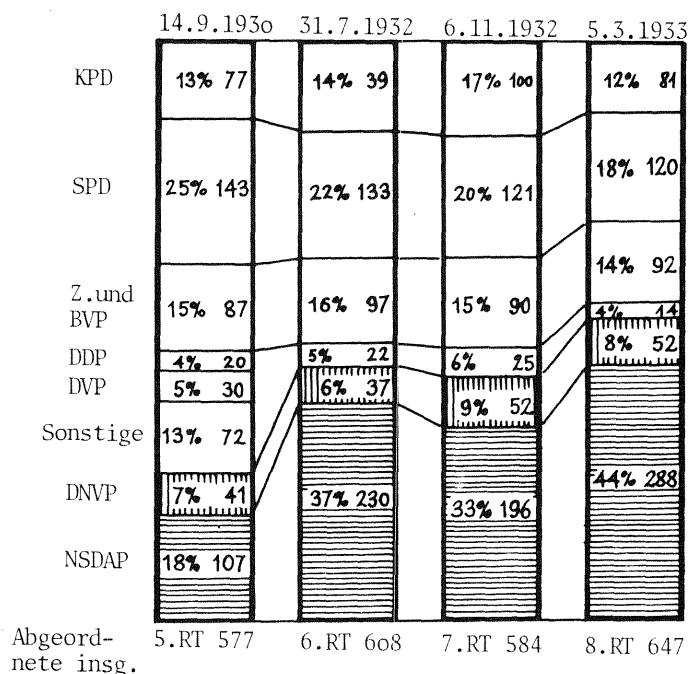
"Fahnen und Glockenläuten finde ich faszinierend, aber zu Kaisers Zeiten waren es noch schöner."



1 Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland 1928–1939



2 Konkurse in Deutschland 1927–1936



3 Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag seit 1930

Berufsgruppe (in %)	NSDAP	Gesellschaft	Gesellschaft = 100
Arbeiter	28,1	45,9	62,2
Angestellte	25,6	12,0	213,5
Selbständige	20,7	9,0	230,0
Beamte	8,3	5,1	162,7
Bauern	14,0	10,6	132,0
Sonstige	3,3	17,4	18,9

4 Die soziale Schichtung der NSDAP im Vergleich zur Gesellschaft in Deutschland 1930

(SPD) wie der Rechten (Zentrum, DDP, DVP) mussten ihrer radikalisierten Anhängerschaft Rechnung tragen, um nicht zugunsten der extremen Parteien noch mehr Wähler zu verlieren, und versteiften sich auf ideologische "idées fixes".

Da nun aber gerade die Nazis die grösseren Wahlerfolge verzeichnen konnten, mehr als etwa eine KPD, müssen noch andere Gesichtspunkte neben der Wirtschaftskrise angeführt werden. Diese hat

schliesslich ja auch im Ausland nirgends zum Erfolg einer Rechtsdiktatur geführt.

In den Mittelschichten war nämlich der Nationalismus seit der Niederlage von 1918 und dem "Diktat" von Versailles immer noch überaus lebhaft. Der im Friedensvertrag aufgezwungene Souveränitätsverlust, die Abtrennung deutscher Gebiete an Polen u.a., der Kriegsschuldparagraph, an den die Deutschen Jahr für Jahr durch die Reparationszahlungen erinnert wurden, liessen den Ruf nach einer Vertragsrevision, lies für viele den Revanche-Gedanken nicht zu Ruhe kommen. Die Wirtschaftskrise brachte der Forderung nach einer Neuberechnung der Reparationen neue Argumente. Und nationalistisch gesonnen waren die Rechtsparteien; ihre Wahlplakate und Kampfparolen liessen daran keinen Zweifel. In der NSDAP waren die Mittelschichten viel stärker vertreten als etwa Arbeiter (vgl. Abb.4).

Ausser dem Nationalismus ist aber auch die mangelnde demokratische Tradition in Deutschland zu nennen. Die Demokratie war dem Deutschen Reich sozusagen von den Siegermächten als Vorbedingung für Waffenstillstandsverhandlungen aufgezwungen worden. Es fehlte nicht an Nostalgikern des Kaiserreichs, die der (ersten!) Republik die Schuld an den Problemen der 20er Jahre in die Schuhe schoben. Vor allem in der Armee, in der Verwaltung und im Justizapparat sassen immer noch Anhänger des Kaiserreichs, die die neue republikanische Ordnung bestens boykottieren konnten, denn die ersten Regierungen der Weimarer Zeit, unter SPD-Führung, hatten auf politische Säuberungen in der Beamtenschaft verzichtet. Ungestraft durften die Republikaner von 1918 und Friedensvertragsunterzeichner von 1919 als "Landesverräter" und "Novemberverschöcker" abgestempelt werden.

Dieselbe antirepublikanische und antidemokratische Gesinnung herrschte selbstverständlich auch bei den Führungskräften der Wirtschaft, insbesondere bei den Grossagrariern aus Ostpreussen. Der Bolschewismus war das grosse Feindbild, das auch breiteren Massen untergejubelt wurde. So wurde z. B. das Siedlungsprogramm des katholischen Reichskanzlers Brüning, das die Übernahme völlig verschuldeter Grossgüter in Ostpreussen durch den Staat vorsah, von rechts als "Agrarbolschewismus" verschrien und torpediert. Die Wirtschaftskrise trug dann das ihre dazu bei und die Wahlerfolge der KPD von 1930 kamen nur gelegen.

Angesichts der politischen Unordnung, der parlamentarischen Unfähigkeit, eine Mehrheitsregierung zu bilden, angesichts des wirtschaftlichen Chaos fiel es diesen "law and order" - Kreisen leicht, den Ruf nach einem starken Staat zu lancieren. Sehr deutlich wird dies in einem Brief, den Industrielle im November 1932 an Hindenburg richteten, mit der unverhüllten Bitte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen (vgl. Abb. 5). Weniger offensichtlich, aber nicht minder real, war die finanzielle Unterstützung, die diese Kreise der NSDAP für Wahlkampfzwecke zukommen liessen.

Schliesslich muss auch den Schwächen der Weimarer Verfassung ein Teil der Schuld zugewiesen werden. Das absolute Verhältnisswahlrecht provozierte nämlich eine Parteienzersplitterung, die ihresgleichen in der Geschichte noch sucht; bei bestimmten Reichstagswahlen gab es bis zu 36 Parteien, die Kandidaten aufstellten (vgl. Abb.3: die Gruppe "Sonstige" ist 1930 mit 13% bzw. 72 Mandaten für heute übliche Verhältnisse ja anormal gross!). Vor allem der Artikel 48 aber gab dem Reichspräsident Vollmachten, die ihn zum "Kaiser ohne Krone" werden liessen: Er durfte zur "Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" sog. "Notverordnungen" erlassen, die Gesetzeskraft hatten.

ten; der Reichstag durfte diese wohl wieder ausser Kraft setzen bei der nächsten Gelegenheit, aber leider hinderte keine Bestimmung den Reichspräsidenten - liess die "Berater" des senilen Hindenburg - gleichzeitig nach Artikel 25 den Reichstag auflösen...

In diese Landschaft stiess nun die NSDAP mit ihrem gut rodierten *Propaganda*-Apparat, ihren talentierten Rednerfiguren, ihren wohlgeordneten SA-Paraden, ihren ungeschminkten Forderungen, ihren vagen, warenhauskatalogähnlichen Wahlversprechen, die für jeden etwas vorsahen. Die nationalistischen Kernpunkte ihres Programmes, ihr Ruf nach Rettung und Führung des Vaterlandes wurden mit Freuden begrüßt, die antisemitischen Parolen gerade im Mittelstand bewusst bejaht; die Widersprüche sah niemand. Kaum jemand hatte "Mein Kampf" gelesen und die Konsequenzen bedacht. Vor allem brachten die Nazis es mit diesen Methoden fertig, jene bislang unpolitisierten Schichten zu mobilisieren, die normalerweise gar nicht zur Wahl gingen. Als sie am 31.7.1932 mit 37% oder 230 Mandaten ihren grössten Wahlerfolg vor dem 30.1.1933 davontrugen (vgl. Abb.3), kamen diese Stimmen nicht, wie manchmal behauptet, von der Linken, deren Stimmenanteil zwar im Vergleich zu 1928 von 40,4% auf 36,2% zurückging, doch deren absolute Wählerzahl noch von 12,42 Mill auf 13,25 Mill. stieg, sondern vor allem von den 6,1 Mill. Neuwählern (und natürlich von den kleineren Rechtsparteien). - Das Beispiel zeigt übrigens einmal mehr, wie vorsichtig mit Wahlstatistiken und -grafiken umzugehen ist.

Um es nochmals klar und deutlich zu sagen: ohne die nationalistische Gereiztheit, ohne die antidemokratische Nostalgie, ohne das wirtschaftliche Chaos hätte Hitlers Weg 1923 aufgehört. Der 30. Januar 1933 war nicht der Tag der "Machtergreifung" oder der "nationalen Erhebung", wie noch heute manche Zeitungen schreiben, ohne zu merken, dass sie Begriffe der NS - Propaganda aufgreifen. Der 30. Januar 1933 war der Tag, an dem die Macht Hitler übergeben wurde. Zu diesem Zeitpunkt war sowohl der Höhepunkt der Wirtschaftskrise als auch jener der NSDAP-Wahlerfolge schon überschritten. Vor allem waren es die Manipulationen einflussreicher Kräfte in der Umgebung des Reichspräsidenten, die diesen schliesslich dazu brachten, in einem Reichskanzler Adolf Hitler das kleinere Übel zu se-

hen und damit den Nazis zur "legalen Machtergreifung" zu verhelfen. Doch die Macht wurde nun bald zu einem repressiven Herrschaftssystem ausgebaut, dessen Folgen bekannt sind, das jedoch auch seine Nutzniesser hatte. Wenn man in den Wirtschaftsstatistiken (Abb.6) die wahren Nutzniesser erkennt, weiss man auch, wer an den Manipulationen beteiligt war, auch wenn es zu simplistisch ist, andererseits Hitler als Spielball des Grosskapitals hinzustellen.

Paul Dostert / Michel Pauly

[5]

Eingabe von Industriellen an Hindenburg

1932

Dieser Brief an den Reichspräsidenten, vermutlich auf Veranlassung der Bankiers Hjalmar Schacht und Karl von Schröder geschrieben, wurde von zwanzig Vertretern des Kohlebergbaus, der Stahlindustrie und der Banken unterzeichnet, darunter Fritz Thyssen, Graf Kalkreuth und Erwin Merck.

Ew. Exzellenz, Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heisser Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandlung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.

Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung des Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte. [...]

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.

Quellen der Abbildungen:

1-4: "Geschichte für morgen" (HS), Bd.3, SS.83,85,86

5: Klassenbuch 3, S.85f.

Zeichnung: Kurt Halbritter, Adolf Hitlers Mein Kampf, München 1975

[6] Index des durchschnittlichen Stundenlohns der Industriearbeiter (1932 = 100)

1929:	132,7
1932:	100
1933:	96,9
1934:	99,3
1935:	100,8
1936:	102,5
1937:	104,6

Index der Vermögens- und Unternehmereinkommen und der unverteilteten Gewinne

1928:	164
1932:	100
1933:	107
1934:	125
1935:	141
1936:	161
1937:	183

nach: T.W. MASON, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977
(zit. nach Gd 3(1978), S.58)